

SPD/0028/2023

Parteienantrag SPD

Az:

Datum:

28.06.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Sozial- und Jugendangelegenheiten		Vorberatung	
Haupt- und Finanzausschuss		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024: Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat wird beauftragt die Entschädigungssatzung der Stadt Groß-Umstadt um eine Kostenerstattung für erziehungsberechtigte Mandatstragende zu erweitern. Ehrenamtliche Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Magistrats mit Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahrs, werden je berechtigtem Kind zur anteiligen Unterstützung einer bezahlbaren Betreuung während der Sitzungszeiten entsprechende Kosten erstattet. Die erstatteten Kosten werden mit den Sitzungsgeldern nach Einreichung eines formlosen Antrages ausgezahlt. Der Magistrat wird analog hierzu beauftragt eine entsprechende Kostenerstattung für ehrenamtliche Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Magistrats mit zu pflegenden Angehörigen zu prüfen und in die Entschädigungssatzung aufzunehmen, um die anteilige Betreuung während der Sitzungszeiten zu unterstützen.

Der Beschluss wird zunächst in den Haushaltsentwurf 2024 eingearbeitet. Entsprechende Mittel sollen für die folgenden Haushalte eingeplant werden.

Kennzahl: Nachweisbare geänderte Entschädigungssatzung und Einplanung von entsprechenden Mitteln im Haushaltsentwurf

Begründung:

Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Nachwuchssorgen im Ehrenamt, Work-Life Balance, Ausbau der Kinderbetreuung und demographischer Wandel finden sich fast täglich in der öffentlichen Diskussion. Diese Themen halten auch immer wieder Einzug in die kommunalpolitischen Debatten vor Ort, weshalb wir unsere Strukturen immer wieder hinterfragen und anpassen müssen. Gerade das politische Ehrenamt im eigenen Ort unterliegt diesen Themen und bei der Erstellung neuer Listen für die Kommunalwahlen tauchen diese Themen oftmals als Hinderungsgrund auf. Daher müssen wir uns überlegen, wie das kommunalpolitische Mandat auch zukünftig attraktiv bleibt. Ohne bereitwillige Bürgerinnen und Bürger, die sich vor Ort zur Wahl stellen, leidet nämlich die Demokratie. Hier ist die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf essentiell und die vorgeschlagenen Lösungsansätze zur Unterstützung der Kinderbetreuung sowie der Pflege von Angehörigen können hier Abhilfe schaffen. Die Zukunft des politischen Ehrenamts wird auch davon abhängen, wie sich die Rahmenbedingungen des Engagements entwickeln werden. Hier müssen wir als Stadt Groß-Umstadt vorbildlich agieren. Durch entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten vereinbaren wir daher nicht nur Ehrenamt, Familie und Beruf, sondern stärken auch die demokratische Kultur unserer Stadt.